

Firmen und Verbände vernetzen sich gegen Antisemitismus

DÜSSELDORF (ctri) Hunderte Menschen erinnerten am Mittwoch bei einer Demo auf dem Marktplatz an die Opfer des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023. Dabei wollten viele auch ein Zeichen gegen steigende antisemitische Vorfälle in Düsseldorf setzen – insbesondere nach dem Angriff auf einen jüdischen Mann im September, der mutmaßlich wegen des Tragens einer Kippa am Rheinufer von zwei Männern attackiert worden war. Der Vorfall hatte stadtweit Entsetzen ausgelöst.

Bei der Kundgebung hielt auch Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) eine Rede – in der er zugleich den Start einer „Düsseldorfer Allianz gegen Antisemitismus“ ankündigte. Nun ist bekannt, worum es sich dabei handelt: ein Bündnis von 26 Mitgliedern aus Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Religionsgemeinschaften und Verbänden, die sich öffentlich zum Kampf gegen Antisemitismus und für die Stärkung jüdischen Lebens in Düsseldorf bekennen wollen.

Noch vor der Kundgebung am Mittwochabend empfing Keller zusammen mit Wolfgang Rolshoven, Antisemitismusbeauftragter der Stadt, die ersten Mitglieder zur Unterzeichnung der Erklärung im Rathaus. Bei der Allianz soll es sich um ein Netzwerk verschiedenster Kooperationspartner aus unter-

schiedlichsten Bereichen handeln. Zu den Erstunterzeichnern zählen unter anderem Rheinbahn, Messe, Flughafen, Schauspielhaus, Stadtparkasse, Henkel, AWO, Caritas und Diakonie sowie der Rat der Religionen und der Stadtsportbund.

„Im Kampf gegen Antisemitismus reichen Worte allein längst nicht mehr aus. Ein entschlossenes Handeln ist gefordert – von uns allen“, sagte Keller. Mit der Allianz würden „bestehende Instanzen der Stadtgesellschaft zu einem starken

„Es kann nicht die Aufgabe der Jüdischen Gemeinde sein, sich selbst gegen Hass zu schützen“

Wolfgang Rolshoven
Antisemitismus-Beauftragter

Bündnis versammelt.“ Das Netzwerk soll demzufolge künftig mit konkreten Maßnahmen und Projekten gegen Antisemitismus und für die Förderung jüdischen Lebens in der Stadt eintreten. Dabei sei der Beitritt mehr als nur ein Bekenntnis, sagte Keller. „Es ist ein klares Versprechen, Verantwortung zu übernehmen und dieser durch konkretes Handeln gerecht zu werden.“ Das beinhalte Veranstaltungen und Projekte wie Kundgebungen, Schul- und Bildungsangebote sowie Benefizveranstaltungen.

Die Jüdische Gemeinde gehört nicht zu den Unterzeichnern. Das ist Wolfgang Rolshoven zufolge bewusst so entschieden worden. „Die Verantwortung für die Bekämpfung von Antisemitismus liegt bei uns, der nichtjüdischen Stadtgesellschaft. Es kann nicht die Aufgabe der Jüdischen Gemeinde sein, sich selbst gegen Hass zu schützen und die Gesellschaft aufzuklären“, sagt er. Dennoch seien die Perspektiven und Erfahrungen der Jüdischen Gemeinde von großer Bedeutung. Die Gemeindemitglieder sollen daher bei Aktionen als beratende Stimmen mitwirken, sagte Rolshoven.

Ziel der Allianz sei eine demokratische und dialogorientierte Zusammenarbeit, die keine parteipolitischen Interessen verfolge, heißt es weiter. Orientierung, was unter den Begriff Antisemitismus falle, erhalte man von der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die auch der Bundestag und die Bundesregierung als Grundlage wählen. Die Stadt übernimmt die Koordinierung des Netzwerkes. „Alle Kooperationspartner der Allianz tragen mit ihren jeweiligen Stärken und Ressourcen zum gemeinsamen Engagement bei – von Fachwissen und Kommunikationskanälen bis hin zu ihren Kontakten sowie personellen und finanziellen Möglichkeiten.“